



Nr. 9

Berlin, 3. März 2011

## Inhalt:

[8. Forum Personalvertretungsrecht – dbb Chef:  
Mitbestimmung wichtiger Erfolgsfaktor im öffentlichen Dienst+++  
Bundesweit Warnstreiks im öffentlichen Dienst der Länder+++  
Jetzt anmelden zum Forum Behindertenpolitik+++  
Equal Pay Day 2011: dbb bundesfrauenvertretung startet  
Online-Protestaktion gegen Entgeltdiskriminierung im  
öffentlichen Dienst+++](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Neuer VLW-Bundesvorstand gewählt+++  
Glückwünsche und Erwartungen an neuen  
Bundesinnenminister+++  
Erneut Warnstreiks bei der Deutschen Telekom+++  
bvg beschließt Verhandlungen über Zusammenschluss  
mit DPoIG+++  
UN-Behindertenrechtskonvention – VBE: Alle  
Bundesländer stehen in der Pflicht+++  
Unterrichtskonzepte aus Lehrerwettbewerb publiziert+++  
MINT-Förderung an Realschulen wirkt Fachkräftemangel entgegen+++](#)

## Namen und Nachrichten +++

aktuell

Informationsdienst des dbb

## 8. Forum Personalvertretungsrecht – dbb Chef: Mitbestimmung wichtiger Erfolgsfaktor im öffentlichen Dienst

**(dbb) Mitbestimmung durch die Personalvertretungen ist nach Auffassung des dbb ein wichtiger Faktor für die erfolgreiche Arbeit des öffentlichen Dienstes. dbb Chef Peter Heesen sagte am 28. Februar 2011 zur Eröffnung des 8. Forums Personalvertretungsrecht im dbb forum berlin, das Wesen der Mitbestimmung müsse darin bestehen, die Dinge zwischen Dienstherrn und Beschäftigten im Einvernehmen vor Ort zu regeln. „Die Menschen sind ganz anders motiviert, wenn sie mitgestalten können“, sagte Heesen vor den Teilnehmern des zweitägigen Kongresses. „Mitgestaltung heißt auch Mitverantwortung.“**

Der dbb Bundesvorsitzende verwies auf die immer stärker werdenden Bestrebungen der Bürger, Angelegenheiten, die sie direkt betreffen, in die eigenen Hände zu nehmen - auch wenn die parlamentarische Demokratie dazu bereits Entscheidungen getroffen hat. „Solchen Entwicklungen muss auch im öffentlichen Dienst Rechnung getragen werden.“ Dem dbb als gewerkschaftlichem Dachverband sei daran gelegen, Hilfestellungen dafür zu geben, was im täglichen Zusammenwirken zwischen den Verantwortlichen in den Dienststellen und Mitarbeitern besser gemacht werden kann.

In ihrem Grußwort dankte Cornelia Rogall-Grothe, Staatssekretärin im Bundesinnenministerium, den Personalräten für ihre engagierte Arbeit. „Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die wichtigste Ressource im öffentlichen Dienst. Wir brauchen deshalb mehr denn je die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Personalvertretungen, die die Mehrheit der Beschäftigten repräsentieren“, sagte sie.

Auf den Grundsatz, dass immer spezifische Beschäftigteninteressen der Ansatzpunkt für die Tätigkeit des Betriebsrates sein müssen, verwies die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Kirsten Lühmann in der Podiumsdiskussion am zweiten Kongresstag über aktuelle Probleme aus der Praxis des Personalvertretungsrechts. „Deshalb hat der dbb immer gesagt: Die Gruppen, also sowohl Tarifbeschäftigte als auch Beamte, müssen im Personalrat so vertreten sein, dass sie ihre Interessen

angemessen vertreten können.“ Der Grundsatz müsse lauten: Wenn es um spezielle Anliegen geht, soll man nicht über die Beschäftigten reden, sondern mit ihnen. Dies gelte auch für Frauen und Behinderte. „Alle Gruppen müssen angemessen beteiligt werden“, sagte Lühmann.

Ein positives Fazit zog Willi Russ, Vorsitzender der dbb akademie, zum Abschluss des Forums. Der Austausch von Informationen und Argumenten - von der Rechtsprechung bis zur praktischen Personalratsarbeit - sei für die rund 200 Tagungsteilnehmer sicher ein Gewinn, zeigte sich Russ überzeugt und versprach: „Wir werden in zwei Jahren die Veranstaltungsserie mit dem 9. Forum Personalvertretungsrecht fortsetzen.“

dbb und dbb akademie laden seit 1997 alle zwei Jahre zum Forum Personalvertretungsrecht ein. Der diesjährige Kongress stand unter dem Motto „Personalvertretungen – Selbstverständlich Mitbestimmen“. Zu Vorträgen und Diskussionsforen waren Richter, Fachanwälte, Experten aus Verwaltung und Universitäten sowie erfahrene Betriebs- und Personalräte angereist. Zur Debatte standen unter anderem Möglichkeiten zur Durchsetzung von Personalratsrechten, strukturelle Defizite in diesem Bereich, die aktuelle Rechtsprechung zum Personalvertretungsrecht sowie der Arbeitnehmerdatenschutz.

(01/09/11)

## Bundesweit Warnstreiks im öffentlichen Dienst der Länder

**(dbb) Bundesweit machen Beschäftigte im öffentlichen Dienst der Länder in dieser Woche mit eindrucksvollen Protestaktionen ihrem Unmut über die starre Haltung der Arbeitgeber in der laufenden Tarifrunde Luft. Die zweite Runde der Verhandlungen war am 25. Februar 2011 in Potsdam ergebnislos verhandelt worden.**

Zum Auftakt gingen am 28. Februar 2011 mehr als 2.500 Beschäftigte in Saarbrücken auf die Straße und versammelten sich nach einem Protestmarsch durch die Innenstadt vor dem Landesinnenministerium. „Wir sind verärgert und enttäuscht“, rief der 1. Vorsitzende und Verhandlungsführer der dbb tarifunion, Frank Stöhr, den Demonstranten zu. „Unsere Forderung nach 50 Euro Sockel und einem Plus von 3 Prozent ist absolut in Ordnung. Sie folgt dem Bedarf. Den haben wir, um unsere laufenden Kosten zu zahlen. Das nimmt uns auch kein Herr Möllring ab“, so Stöhr an die Adresse des Verhandlungsführers der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL).

Werde der öffentliche Dienst weiter links liegen gelassen, gehe das nicht nur zu Lasten der Beschäftigten, sondern zu Lasten aller Bürgerinnen und Bürger, machte Stöhr noch einmal klar. Der Schnee werde nicht geräumt, Erziehung verkomme zum Schlagwort, moderne medizinische Versorgung bleibe auf der Strecke, innere Sicherheit entpuppe sich als leeres Versprechen. Stöhr appellierte erneut an die Arbeitgeber, am 9. März ein verhandelbares Angebot vorzulegen: „Wir wollen, dass die nächste Runde ein Ergebnis bringt.“

In Wiesbaden demonstrierten rund 700 Landesbeschäftigte für die gewerkschaftliche Einkommensforderung. Willi Russ, dbb Verhandlungsführer bei den Verhandlungen mit dem Land Hessen und 2. Vorsitzender der dbb tari-

funion, sagte dort: „Wir sorgen 365 Tage im Jahr dafür, dass die Serviceleistungen für Bürgerinnen und Bürger funktionieren. Der öffentliche Dienst ist der zuverlässigste Dienstleister in Deutschland.“ Das Land Hessen, das nicht der TdL angehört, hatte nach dem Verhandlungsauftritt am 11. Februar 2011 und einer weiteren Verhandlungsrunde auf Arbeitsebene am 22. Februar 2011 die Chance vertan, zielstrebig einen Abschluss herbeizuführen.

In Düsseldorf kamen am 1. März vor dem Landtag 10.000 Beschäftigte des Landes NRW zu einer gemeinsamen Kundgebung von dbb und DGB zusammen, um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen. In Mainz kritisierte die Vorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion rheinland—pfalz, Lilli Lenz, am 2. März vor mehr als 2.000 Beschäftigten des Landesdienstes, unter ihnen viele Mitarbeiter aus Straßenmeistereien, die öffentlichen Arbeitgeber als „stur“ und forderte Verhandlungsführer Hartmut Möllring auf: „Machen Sie als Arbeitgeber einen guten Job!“ In Nürnberg waren unter den rund 2.000 Demonstranten am 2. März viele Auszubildende.

Weitere Aktionen der Landesbeschäftigten sind angekündigt, so in Baden-Württemberg, Hamburg, Bremen, Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg.  
(02/09/11)

## Jetzt anmelden zum Forum Behindertenpolitik

**(dbb) Interessenten für das erstmalig am 12. und 13. April 2011 vom dbb veranstalteten Forum Behindertenpolitik können sich jetzt bei der [dbb akademie](#) anmelden.**

Die Veranstaltung wurde vom Integrationsamt als Schulung anerkannt. Das heißt: Weil Kenntnisse vermittelt werden, die für die Arbeit der Schwerbehindertenvertretung erforderlich sind, werden für Schwerbehindertenvertreter die Veranstaltungs- und Reisekosten sowie die Freistellungen vom Dienstherrn bzw. Arbeitgeber übernommen.

Im Rahmen von Fachvorträgen, Foren und Diskussionsrunden sollen auf dem Forum Fort-

schritte, Defizite und Zukunftsperspektiven der Behindertenpolitik diskutiert werden. Als weitere Schwerpunkte der Veranstaltung, die in Zusammenarbeit mit der dbb akademie durchgeführt wird, stehen die UN-Behindertenrechtskonvention, das betriebliche Eingliederungsmanagement sowie die Barrierefreiheit in öffentlich-rechtlichen Institutionen und der Privatwirtschaft auf dem [Programm](#).  
(03/09/11)

## **Equal Pay Day 2011: dbb bundesfrauenvertretung startet Online-Protestaktion gegen Entgeltdiskriminierung im öffentlichen Dienst**

**(dbb) Frauen verdienen weniger Geld. Wer sonst? Unter diesem Motto demonstrieren weibliche Beschäftigte im Internet für eine geschlechtergerechte Bezahlung im öffentlichen Dienst. Über das Online-Portal [www.frauen.dbb.de](http://www.frauen.dbb.de) können vom 28. Februar bis zum Equal Pay Day am 25. März 2011 E-Cards verschickt werden, die auf die Ursachen der Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen hinweisen.**

„Entgeltdiskriminierung ist ein Frauenproblem. Aber ohne die Mithilfe der Männer können wir es nicht beheben“, sagte Helene Wildfeuer zum Auftakt der Online-Protestaktion am 28. Februar 2011. Sie rief bundesweit alle Beschäftigten auf, die Postkarten an Kollegen, Arbeitgeber, Kommunal-, Landes- und auch Bundespolitiker zu versenden und auf Benachteiligungen in den Bezahlungssystemen der öffentlichen Verwaltungen aufmerksam zu machen.

„Im öffentlichen Dienst klaffen die Einkommen von Männern und Frauen um acht Prozent auseinander, obwohl die Löhne tarifiert sind und die Beamtenbesoldung gesetzlichen Tabellen folgt“, betonte Wildfeuer und forderte eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den „längst bekannten“ Ursachen, die zur Verdienstlücke führten. „Längere Auszeiten vom Job wie etwa Pflege- oder Elternzeit, die aufgrund fehlender Betreuungsangebote anfallen, werden vorrangig von Frauen wahrgenommen und wirken sich negativ auf deren Entgeltentwicklung aus. Zudem warten Teilzeitkräfte, die zu über 80 Prozent weiblich sind, häufig länger auf eine

Beförderung in eine höhere Entgeltstufe, als solche, die in Vollzeit tätig sind“, sagte die Vorsitzende. Auffällig sei zudem, dass Beschäftigte in Berufsgruppen, in denen vorrangig Frauen wirkten, grundsätzlich niedriger eingruppiert seien, als solche, die in Bereichen arbeiteten, in denen der Anteil männlicher Beschäftigter dominiere.

Anlass für die Protestaktion ist der Equal Pay Day am 25. März 2011. Der bundesweite Aktionstag markiert den Entgeltunterschied zwischen den Geschlechtern als den Zeitraum, den Frauen über den Jahreswechsel hinaus arbeiten müssten, um auf das durchschnittliche Vorjahresgehalt von Männern zu kommen. Aktuellen Berechnungen zufolge beläuft sich der Gender Pay Gap, das heißt der prozentuale Unterschied im durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von Frauen und Männern, auf 23 Prozent. Im öffentlichen Dienst wird der Verdienstunterschied zwischen den Geschlechtern auf acht Prozent zu Ungunsten der weiblichen Beschäftigten beziffert.

(04/09/11)

## ***Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften***

### **Neuer VLW-Bundesvorstand gewählt**

**(dbb) Die Mitglieder des VLW-Bundeshauptvorstandes haben am 25. Februar 2011 in Fulda einen neuen Bundesvorstand des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen e. V. (VLW) gewählt. Erstmals in der Geschichte des Verbandes gibt es eine Doppelspitze, das heißt: zwei gleichberechtigte Bundesvorsitzende, wurde im Anschluss mitgeteilt.**

Gewählt wurden Dr. Angelika Rehm vom Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V. und Dr. Ernst G. John vom Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Niedersachsen.

Neue stellvertretende Bundesvorsitzende sind Georg Senn und Thomas Michaelis.

Der VLW ist Mitglied im dbb und nach eigenen Angaben die spezielle Interessenvertretung der Lehrerinnen und Lehrer an kaufmännischen

Schulen, er wird ehrenamtlich geleitet. Zum Verband gehören 16 Landesverbände. Mit rund 18.000 Mitgliedern ist der VLW nach eigenen Angaben „der weitaus größte flächendeckende

Zusammenschluss der Lehrerinnen und Lehrer an kaufmännischen Schulen in Deutschland“.  
(05/09/11)

## Glückwünsche und Erwartungen an neuen Bundesinnenminister

**(dbb) Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) hat die Entscheidung der Regierungskoalition begrüßt, Hans-Peter Friedrich (CSU) das Amt des Bundesinnenministers zu übertragen. DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt sagte nach Bekanntwerden der Entscheidung am 2. März 2011: „Friedrich hat mit seiner bisherigen Arbeit sowohl in Bayern als auch in Berlin bewiesen, dass er die Bandbreite der politischen Themen beherrscht und sich schnell in neue Sachthemen einarbeiten kann.“ Jetzt müsse er sich auf dem Gebiet der inneren Sicherheit beweisen.**

„Die DPoIG geht davon aus, dass der neue Ressortchef die geplante Reform von Bundespolizei und Bundeskriminalamt sachlich angeht und nochmal in Ruhe unter Beteiligung aller Betroffenen über notwendige Veränderungsschritte nachdenkt“, so Wendt weiter.

Der Vorsitzende der Bundespolizeigewerkschaft bgv, Rüdiger Reedwisch, beklagte man-

gelnde Kontinuität in dem wichtigen Ministeramt, und stellte – unter anderem mit Blick auf die geplante Reform der Bundessicherheitsbehörden - fest: „Überall bleiben Baustellen zurück.“ Zugleich erklärte Reedwisch: „Wir erhoffen uns eine produktive und sachorientierte Zusammenarbeit mit dem neuen Bundesinnenminister.“  
(06/09/11)

## Erneut Warnstreiks bei der Deutschen Telekom

**(dbb) Am 28. Februar und 1. März 2011 mussten sich Kunden der Deutschen Telekom erneut auf Verzögerungen und Einschränkungen bei der Auftragsabwicklung und der Erreichbarkeit von Call-Centern einstellen. Für diese beiden Tage hatte die Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) ihre Mitglieder im Bereich des Kundenservices, der Netzproduktion, des Technischen Services und des Geschäftskundenbereiches wieder zu Warnstreiks aufgerufen. Von den mehrstündigen Arbeitsniederlegungen waren wiederum die Telekom-Standorte Rostock, Schwerin, Hamburg, Wismar sowie erstmals Güstrow betroffen. An den Arbeitsniederlegungen beteiligten sich mehrere Hundert Beschäftigte.**

Schon in der Vorwoche hatten zahlreiche Telekom-Beschäftigte gestreikt, um den Druck auf den Arbeitgeber zu erhöhen, der endlich ein stark verbessertes Angebot in der Tarifrunde vorlegen muss. Die DPVKOM fordert eine Entgeltsteigerung von 7,2 Prozent für die rund 60.000 Beschäftigten und für die Auszubildenden des Konzerns, die Deutsche Telekom will

die Entgelte nur um 2,17 Prozent anheben. Dies sei inakzeptabel, so die DPVKOM. Die Mitarbeiter müssten an der überaus positiven Geschäftsentwicklung der Deutschen Telekom in Form von deutlich höheren Löhnen und sicheren Arbeitsplätzen beteiligt werden.  
(07/09/11)

## bgv beschließt Verhandlungen über Zusammenschluss mit DPoIG

**(dbb) Der Bundeshauptvorstand der bgv, höchstes Beschlussorgan der bundespolizeigewerkschaft zwischen den Bundesdelegiertentagen, hat auf seiner Sitzung vom 21. bis 24. Februar 2011 in Königswinter beschlossen, Verhandlungen mit der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) über einen Zusammenschluss aufzunehmen.**

Bereits zur Personalratswahl 2009 waren bgv und DPoIG gemeinsam angetreten, heißt es in der bgv-Mitteilung vom 24. Februar. Nach Königswinter eingeladen war auch der Bundesvorsitzende der DPoIG, Rainer Wendt. In einem mehrstündigen Gespräch seien die „Knackpunkte“ eines Zusammenschlusses diskutiert worden.

Wendt habe versichert: „Bei einem Zusammenschluss der beiden Gewerkschaften wird keiner von keinem geschluckt.“ Die fast 60-jährige Tradition und Erfahrung der bgv würde eine wesentliche Bereicherung für die DPoIG darstellen.

Daneben biete ein Zusammenschluss sinnvolle Synergien: mehr Einfluss bei nationalen und internationalen Dienststellen, Gesprächspartnern und Verbänden, mehr Akzeptanz und Durchsetzungsvermögen in der Politik, mehr Gehör bei sonstigen Gesprächspartnern durch eine höhere Mitgliederzahl, mehr Gewicht in Medien und Öffentlichkeit, Kostenminimierung durch gemeinsame Organisationsstruktur,

Verbesserung von Konditionen bei Geschäftspartnern und dadurch mehr und greifbare Vorteile für jedes Mitglied.

Rainer Wendt und bgv-Vorsitzender Rüdiger Reedwisch legten Wert auf die Feststellung, dass bei einem Zusammenschluss sowohl die traditionellen Werte beider Gewerkschaften als auch die besondere Identität der bgv nicht aufgegeben werden dürfen. Nicht nur die Mitglieder, sondern auch die Partner in Politik und Wirtschaft erwarteten zu Recht eine Fortsetzung der bisherigen erfolgreichen Zusammenarbeit.

Der bgv-Bundeshauptvorstand beschloss, ein Team zusammenzustellen, das die Details eines Zusammenschlusses mit der DPoIG verhandelt. Zum bgv-Bundesdelegiertentag im Oktober 2011 soll ein detaillierter Vorschlag auf dem Tisch liegen, über den abgestimmt wird. Der Zusammenschluss soll noch vor den Personalratswahlen im nächsten Jahr vollzogen sein.  
(08/08/11)

## **UN-Behindertenrechtskonvention – VBE: Alle Bundesländer stehen in der Pflicht**

**(dbb) „Die UN-Behindertenrechtskonvention und insbesondere Artikel 24 zur Schaffung eines inklusiven Bildungssystems müssen in jedem Bundesland im Schulgesetz verankert werden.“ Das hat der Vorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, am 24. Februar 2011 auf der Bildungsmesse didacta in Stuttgart gefordert.**

Er habe derzeit den Eindruck, etliche Länder würden die UN-Konvention nur als Empfehlung behandeln und die rechtsbindende Kraft der deutschen Unterschrift ignorieren, so Beckmann. Auch gebe es eine starke Neigung in der Politik, die Betroffenen – Eltern und Kinder, Lehrer, Sonderschulpädagogen – vor vollendete Tatsachen zu stellen und Gespräche zu

meiden. Das sei eine mehr als magere Bilanz, denn die UN-Konvention sei vor zwei Jahren, am 26. März 2009, in Deutschland in Kraft getreten. Beckmann weiter: „Die Inklusion muss zügig und zugleich mit Augenmaß angepackt werden. Die Rechtsverankerung ist keine Gefälligkeit.“  
(09/09/11)

## **Unterrichtskonzepte aus Lehrerwettbewerb publiziert**

**(dbb) Der Lehrerselbstverlag präsentiert – erstmalig 2011 zur Bildungsmesse didacta in Stuttgart – fächerübergreifende Unterrichtskonzepte aus dem bundesweiten Wettbewerb „Deutscher Lehrpreis – Unterricht innovativ“, die der Deutsche Philologenverband (DPHV) am 2. März 2011 mitteilte.**

Lehrerinnen und Lehrer in Deutschland arbeiten mit innovativen Ideen und großem Enga-

gement schon heute an der Schule von morgen. Für diese wichtige Aufgabe benötigen sie

nicht nur Anerkennung, sondern auch Eigeninitiative. Mit ihrer Kooperation unterstützen der Lehrerselbstverlag und der bundesweite Wettbewerb „Deutscher Lehrpreis – Unterricht innovativ“ Lehrerinnen und Lehrer in der Verbreitung neuer Ideen: In einer eigenen Reihe des Verlages erscheinen fächerübergreifende und im Team erarbeitete Unterrichtskonzepte aus dem Wettbewerb.

Der bundesweite Wettbewerb "Deutscher Lehrpreis – Unterricht innovativ" hat es sich zum

Ziel gesetzt, die öffentliche Wertschätzung des Lehrerberufs zu steigern. Er wird von den Initiatoren Vodafone Stiftung Deutschland, Heraeus Bildungstiftung und Deutscher Philologenverband (DPHV) getragen und jährlich ausgerichtet.

Aktuelle Informationen zu Verlag und Publikationen unter [www.lehrerselbstverlag.de](http://www.lehrerselbstverlag.de), Hintergründe zum Wettbewerb unter [www.lehrerpreis.de](http://www.lehrerpreis.de).  
(10/09/11)

## MINT-Förderung an Realschulen wirkt Fachkräftemangel entgegen

**(dbb) Die Bedeutung der individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern haben die baden-württembergische Kultusministerin Marion Schick und der Bundesvorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR), Jürgen Böhm, unterstrichen. Gerade im MINT-Bereich, also in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik, werde über die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland entschieden, erklärten Schick und Böhm bei einem Besuch der Bildungsmesse didacta am 25. Februar 2011 in Stuttgart.**

Realschulen seien das Rückgrat des durchlässigen Bildungssystems. Sie bereiteten nicht nur auf die beruflichen Gymnasien und die Hochschulreife vor, sondern auch auf die Ausbildung im dualen System. Gerade deshalb komme ihnen bei der Nachwuchsförderung im MINT-Bereich eine besondere Bedeutung zu, so Schick.

Böhm hob vor allem die in den letzten Jahren entwickelten und aufeinander abgestimmten Anschlussmöglichkeiten für Realschulabsolventen an das Berufliche Gymnasium in Baden-Württemberg hervor: „Hier zeigt sich die wahre Stärke des differenzierten Schulwesens – für alle Talente existieren passgenaue Konzepte und Anschlüsse.“  
(11/09/11)

## Namen und Nachrichten

(dbb) In der vor dem Hintergrund der aktuellen Tarifaueinsetzungen wieder aufgeflammten Debatte über das Streikrecht hat **Frank Stöhr** nochmals die Position des gewerkschaftlichen Dachverbandes klar gemacht. Der „Süddeutschen Zeitung“ (Ausgabe vom 1. März 2011) sagte der Zweite Vorsitzende des dbb, eine Einschränkung des Streikrechts würde nur dazu führen, „dass das Tarifniveau nach unten geht“. Streiks hingegen führten zu Erhöhungen, so selten sie in Deutschland auch seien. Zu Bestrebungen von Bundesregierung und Arbeitgebern, gesetzlich festzuschreiben, dass Berufsgewerkschaften nicht streiken dürfen, solange es einen Tarifvertrag gibt, an den die meisten Gewerkschaftsmitglieder in einem

Betrieb gebunden sind, sagte Stöhr: „Wir würden uns ein solches Gesetz auf gar keinen Fall gefallen lassen“ und drohte mit dem Gang vor das Bundesverfassungsgericht.

**Sandra Hennig**, Bundesvorsitzende der dbb jugend, und zum ersten Mal in der Verhandlungskommission der dbb tarifunion bei der Tarifrunde mit den Ländern, sieht die starre Haltung der Arbeitgeberseite kritisch. „Es ist mir unverständlich, warum die Länder sich den berechtigten Forderungen der Beschäftigten so vehement verschließen“, sagte Hennig dem dbb jugend magazin „t@cker“ (Ausgabe 3/2011). Zugleich zeigte sie sich zuversichtlich, dass die dbb jugend die Aktionen zur Durch-

---

setzung der gewerkschaftlichen Forderungen tatkräftig unterstützen werde. „Hilfreich ist dafür auf jeden Fall, dass in den Forderungskatalog wichtige Punkte der Jugend aufgenommen wurden. Da wäre die Übernahme aller Auszubildenden zu nennen“, so Hennig.

Aber auch der geforderte Sockelbetrag von 50 Euro plus 3 Prozent wirke sich bei niedrigen Einkommensgruppen – und damit auch bei vielen jungen Beschäftigten – stärker aus. (12/09/11)